
Protokoll

über die 11. Sitzung des Rates der Stadt Wedel am Donnerstag
dem 26.09.2019, im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:00 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Kay Burmester	
Herr Julian Fresch	
Herr Christian Fuchs	
Herr Jörg Keller	
Herr Michael C. Kissig	Fraktionsvorsitzender
Herr Peter Kramer	
Herr Jan Lüchau	
Herr Christoph Matthiessen	
Herr Michael Schernikau	Stadtpräsident
Herr Stephan Schwartz	
Herr Herbert Thomascheski	1. stellv. Bürgermeister

WSI:

Frau Angela Drewes	
Frau Gudrun Nagel	
Herr René Penz	
Herr Andreas Schnieber	Fraktionsvorsitzender

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Aysen Ciker	2. stellv. Stadtpräsidentin
Herr Rainer Hagendorf	3. stellv. Bürgermeister
Frau Petra Kärger	
Herr Dr. Ralf Sonntag	
Herr Willibald Ulbrich	
Herr Olaf Wuttke	Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion:

Herr Lothar Barop	1. stellv. Stadtpräsident
Herr Rüdiger Fölske	
Frau Sophia Jacobs-Emeis	Fraktionsvorsitzende, 2. stellv. Bürgermeisterin
Frau Heidi Keck	
Herr Wolfgang Rüdiger	
Frau Claudia Wittburg	



FDP-Fraktion:

Frau Nina Schilling
Herr Martin Schumacher
Frau Andrea Spangenberg

Fraktion DIE LINKE:

Herr Patrick Eichberger
Frau Barbara Kautz
Herr Dr. Detlef Murphy

Fraktionsvorsitzende

Fraktionslos:

Herr Dennis Lobeck
Frau Gabriele Ulm

Seniorenbeirat:

Herr Bruno Helms

Jugendbeirat:

Herr Anton Gotzes

Umweltbeirat:

Frau Bianka Sievers

Verwaltung:

Herr Jörg Amelung
Herr Niels Schmidt
Herr Volkmar Scholz
Herr Niklas Viehmann
Herr Ralf Waßmann

Bürgermeister

Schriftführer

Gäste:

Herr Christopher Seydewitz

Stadtentwässerung Wedel zu TOP 9

Es fehlte entschuldigt:Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Dagmar Süß

SPD-Fraktion:

Frau Meltem Adal



FDP-Fraktion:

Frau Renate Koschorrek

Fraktionsvorsitzende

Seniorenbeirat:

Frau Maike Harder

Vertreterin für Hr. Helms

Jugendbeirat:

Herr Aaron Bolandi

Verwaltung:

Herr Rolf Jagemann

Frau Gisela Sinz

Außerdem sind sechs Einwohnerinnen und Einwohner sowie zwei Vertreter der örtlichen Presse anwesend.

Die Anlagen an dieses Protokoll sind in der digitalen Version als Dokument „Anlagen zum Protokoll“ an die Sitzung vom 26.09.2019 angefügt.

Um 19:00 Uhr begrüßt der Vorsitzende Herr Schernikau alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums durch Anwesenheit von 35 Ratsmitgliedern fest und eröffnet die Sitzung.

Herr Schernikau verweist auf eine vorliegende Tischvorlage zu TOP 8. Diese ist dem Protokoll als Anhang beigelegt.

Beschluss

Der Rat der Stadt Wedel beschließt den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Tagesordnungspunkte 14-16.

Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

T A G E S O R D N U N G

1.) Einwohnerfragestunde**1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen****1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner****2.) Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 10. Sitzung vom 29.08.2019****3.) Schriftliche Anträge**

- 4.) Nachbesetzung von Gremien
hier: Antrag Bündnis 90 / Die Grünen
- 5.) Resolution zum Klimanotstand vom Klimaschutzfonds Wedel e.V.
- 6.) Kindertagesstätten in Wedel;
Kita "Regenbogen", Sanierung des Daches und Ersatz der Heizungsanlage
- 7.) Nachbarschaftsforum Südholstein/Hamburg
- 8.) Aufhebung Sperrvermerk für "Nordumfahrung" - Bereitstellung der Finanzmittel
für Ausbau Einmündung B 431 / Industriestraße
- 9.) Jahresabschluss 2018 der Stadtentwässerung Wedel
- 10.) Jahresabschluss 2018 der Stadtwerke Wedel GmbH
 - 10.1 Jahresabschluss 2018 der Stadtwerke Wedel GmbH
 - a) Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtwerke Wedel GmbH
 - 10.2 Jahresabschluss 2018 der Stadtwerke Wedel GmbH
 - b) Entlastung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Wedel GmbH
 - 10.3 Jahresabschluss 2018 der Stadtwerke Wedel GmbH
 - c) Gewinnverwendung
- 11.) Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Wedel für das Geschäftsjahr
2018
- 12.) Beratung und Beschlussfassung über die Sanierungsarbeiten im Bereich des
Hafens des BusinessPark Elbufer
- 13.) Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
 - 13.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste
 - 13.2 Anfragen

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 14.) Protokollgenehmigung, hier: Nichtöffentliches Protokoll der 10. Sitzung vom
29.08.2019
 - 15.) Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 64 „Flerrentwiete“, 2. Änderung
„Weiterentwicklung großflächiger Einzelhandel“; hier: Durchführungsvertrag
 - 16.) Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
 - 16.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste
-

16.2 Nichtöffentliche Anfragen

öffentlich

17.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

18.) Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 64 "Flerrentwiete", 2. Änderung "Weiterentwicklung großflächiger Einzelhandel" hier: Satzungsbeschluss

Öffentlicher Teil:

1.) Einwohnerfragestunde

1.1.) Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen, unbeantworteten Fragen an die Verwaltung vor.

1.2.) Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner

Es sind mehrere Einwohner anwesend, die Fragen an die Verwaltung stellen möchten.

Zunächst stellt Herr Pflüger vier Fragen an die Verwaltung.

1. Ist eine Anschaffung einer Software für die automatisierte Protokollführung möglich?
2. Gibt es neue Erkenntnisse, wie es mit der Grundwassersituation in Wedel weiter gehe?
3. Ist die Stadt Wedel auch an das Gesetz, speziell das Schleswig-Holsteinische Wassergesetz gebunden?
4. Ist es möglich, Geld zu sparen, indem die Belüftungsanlage im Mühlenteich in den kalten Monaten ausgeschaltet werde?

Herr Schmidt antwortet direkt auf diese Fragen.

1. Eine Beschaffung einer solchen Software ist nicht vorgesehen. Derzeit werde in den Gremien ein erweitertes Beschlussprotokoll praktiziert.
2. Es gibt keinen neuen Stand bei der Grundwassersituation.
3. Ja und diese Frage habe die Verwaltung bereits mehrfach beantwortet.
4. Die Belüftungsanlage dient dazu, den Sauerstoffgehalt im See aufrechtzuerhalten. Die Stadt werde die Anlagen nicht länger als nötig betreiben und abschalten, sobald der Betrieb nicht mehr benötigt werde.

Als nächstes trägt Herr Sue seine Fragen zum den Themen „Nichtöffentlichkeit der Sitzungen“ und „Arbeitsgruppe Haushalt“ vor, die er bereits im Vorfeld an die Verwaltung übermittelt habe. Die Fragen sind als Anlage an das Protokoll angefügt.

Er bittet um eine schriftliche Beantwortung zur nächsten Sitzung des Rates.

Herr Schmidt gibt bereits mündliche Antworten auf die Fragen. Die Begründung der Nichtöffentlichkeit einer Beschlussvorlage ist Bestandteil der Beschlussvorlage und daher nicht öffentlich zugänglich. Die Diskussion, ob ein TOP im Nichtöffentlichen Teil beraten werden solle, erfolge nach der Gemeindeordnung ebenfalls in nichtöffentlicher Sitzung.

Die Arbeitsgruppe Haushalt ist eine fraktionsinterne Gruppe, in der keine Haushaltsberatungen stattfinden. Es werden keine Beschlüsse gefasst. Die Arbeitsgruppe verstehe sich als reine Denkfabrik, in der Ideen für die Ausrichtung des Haushaltes gesammelt werden.

Herr Kissig bekräftigt Herrn Schmidt und ist überrascht über diese Fragen. Es wurde bereits mehrfach bei Einführung der Arbeitsgruppe darüber diskutiert. Nach Ansicht des Fragestellers finden in dieser Arbeitsgruppe Haushaltsberatungen statt, die öffentlich zu führen sind. In der Arbeitsgruppe fänden aber keine Beratungen und keine Vorarbeiten statt.

Herr Sue bedankt sich und bittet dennoch um eine schriftliche Beantwortung der Fragen.

Als nächstes stellt Herr Martens seine Fragen. Er fragt: Was passiert, wenn zu wenig CO2 vorhanden ist? Er verteilt ein Dokument mit einer Grafik zu diesem Thema.

Des Weiteren fragt er, was vor dem Wedeler Strand passiere und ob es Aktivitäten der Stadt gäbe, das Elbufer zu sichern. Herr Schmidt entgegnet, dass es keine Erkenntnisse darüber gäbe, dass das Elbufer absinke. Herr Barop hat ebenfalls festgestellt, dass es in den letzten 60 Jahren Veränderungen in der Struktur des Elbufers gegeben hätte und erklärt, dass es Sinn mache, sich darum zu kümmern.

2.) Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 10. Sitzung vom 29.08.2019

Auf der S. 9 Absatz 3 soll auf Anregung von Frau Kärger ein „Dazu die Verwaltung:“ eingefügt werden, um die Beiträge von ihr und der Verwaltung klar abzugrenzen.

Herr Penz führt aus, dass in diesem Protokoll erhebliche Differenzen bei der Ausführlichkeit der Ausführungen zu den Tagesordnungspunkten vorhanden seien. Die Ausführungen des TOP 5 seien sehr kurz und es würde die stattgefundene Diskussion zu diesem Thema nicht darstellen. Es hätte sehr wohl unterschiedliche Meinungen gegeben, die in dem Protokoll nicht dargestellt wurden. TOP 9 hingegen wurde sehr ausführlich und gut protokolliert, der TOP 5 im Vergleich dazu deutlich zu kurz. Hier sollte laut Herrn Penz nachgebessert werden.

Herr Schernikau entgegnet darauf, dass das Protokoll auch in TOP 5 den Sachverhalt wieder gebe. Mit dem Beitrag von Herrn Penz könne er nun wenig anfangen, da er keine konkreten Vorschläge oder Änderungswünsche zu dem Protokoll enthielt.

Frau Jacobs-Emeis unterstützt Herrn Penz. Sie halte das Protokoll in den Ausführungen zu TOP 5 für zu wenig detailliert.

Herr Schernikau wiederholt, dass Vorschläge für den Wortlaut des Protokolls bei der Protokollgenehmigung durch Einzelne getätigt werden können und dies nachträglich geändert werden kann.

Herr Schmidt führt aus, dass es bei TOP 5 lediglich zwei Richtungen der Diskussion geben kann. In der Sitzung wurde viel über das Gespräch debattiert, von dem Herr Schmidt berichtet hatte. Mit der eigentlichen Beschlussvorlage hatte diese Diskussion allerdings nicht viel zu tun, sodass die Protokollführung diesen Teil wahrscheinlich extra verkürzt habe. Er fand die eigentliche Diskussion richtig dargestellt. Sowohl die unklare Situation aufgrund des Gespräches des Bürgermeisters mit dem LBV als auch die Sitzungsunterbrechung, der Vertagungsantrag sowie die Abstimmung seien protokolliert worden.

Herr Fölske beantragt die Verschiebung der Protokollgenehmigung des Protokolls der 10. Sitzung vom 29.08.2019 auf die nächste Sitzung. Als Begründung führt er an, dass das Protokoll erst am Tag der Sitzung bei ihm in der Post war. Nur dann können Änderungen für das Protokoll ausformuliert werden.

Herr Schernikau lässt über den Vertagungsantrag abstimmen. Der Rat beschließt mit 32 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltungen:

Beschluss

Der Rat der Stadt Wedel beschließt die Vertagung der Protokollgenehmigung des Protokolls der 10. Sitzung des Rates der Stadt Wedel vom 29.08.2019 auf die nächste Sitzung.

3.) Schriftliche Anträge

Es liegen keine schriftlichen Anträge vor.

4.) Nachbesetzung von Gremien hier: Antrag Bündnis 90 / Die Grünen

Beschluss

Der Rat der Stadt Wedel beschließt einstimmig die Umsetzung in den folgenden Ausschüssen:

(A) für den Haupt- und Finanzausschuss

Als 4. stellvertretendes Mitglied Ralf Sonntag (anstelle von Ewa Gotzes)

(B) für den Jugend- und Sozialausschuss

Als Mitglied Friederike von Nobbe (anstelle von Ewa Gotzes)

Als 1. stellvertretendes Mitglied Felix Schnor (anstelle von Friederike von Nobbe)

Als 2. stellvertretendes Mitglied Heiner Hormann (anstelle von Felix Schnor)

Als 3. stellvertretendes Mitglied Petra Kärgel (anstelle von Heiner Hormann)

(C) für den Ausschuss für Bildung, Kultur und Spocht

Als Mitglied Thomas Wöstmann (anstelle von Ewa Gotzes)

5.) Resolution zum Klimanotstand vom Klimaschutzfonds Wedel e.V.

Herr Schernikau bringt die Anregung nach § 16 e GO zum Thema Resolution zum Ausruf des Klimanotstandes in die Ratsversammlung ein.

Herr Fölske und Herr Schumacher haben für ihre Fraktionen ausführliche Redebeiträge vorbereitet, die dem Protokoll als Anlage schriftlich beigelegt sind.

Frau Kärgel für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen unterstützt die Resolution, auch wenn es sich um ein sehr dünnes Papier handle. Derzeit werde von der Großen Koalition keine Klientelpolitik betrieben. Sie entschuldigt sich bei dem Jugendbeirat dafür, dass die Jugend zu solchen Maßnahmen gezwungen werde, wie den fridays for future Demonstrationen, weil von der Politik keine ausreichenden Entscheidungen, auch auf Bundesebene, zum Klimaschutz getroffen werden. Es gebe bei der Stadt Wedel keine klimafreundliche Beschaffung. Es gäbe nichts außer dem Blauen Engel. Es sei nun viel zu tun, es müssen entsprechende Anträge gestellt werden. Es sollen klimafreundliche

Beschaffungsrichtlinien geschaffen und umgesetzt werden. Die Welt hätte nur noch 8 Jahre, dann sei so viel CO₂ vorhanden, dass keine Maßnahmen mehr helfen können. Die Nordumfahrung sei keine zukunftsorientierte Politik. Der Haushalt werde geleert, um eine Straße zu verlegen. Die Umfahrung helfe aber nicht, das Klima zu schonen. Das Geld dafür könne anders und sinnvoller für den Klimaschutz eingesetzt werden.

Herr Schwartz spricht für die CDU. Die CDU unterstütze den Antrag. Der Antrag solle aber als gemeinsamer Antrag verstanden und umgesetzt werden. In der Diskussion werde sich zwischen den Fraktionen nur vorgeworfen, was wer tut und wie das Klima dadurch geschützt oder geschadet werde. Das Thema Klimaschutz solle gemeinsam angepackt werden.

Auch Frau Drewes für die WSI sieht eine Notwendigkeit in der Gemeinsamkeit beim weiteren Vorgehen. Wenn das Klima gerettet werden solle, dann gemeinsam und über die üblichen Parteigrenzen hinaus. Es solle keine parteipolitische Debatte stattfinden, sondern gemeinsam agiert werden.

Frau Kautz für Die Linke unterstützt ebenfalls den Antrag. Gemeinsam könne man im Rat weiter kommen, die Radwege ausbauen und eventuell die Zeitungen dazu bringen, in jeder Woche einen kleinen Artikel dazu bringen, was jeder einzelne für das Klima tun kann.

Für Frau Keck reiche ausschließlich eine Resolution nicht aus. Es sollen fraktionsübergreifende Anträge gestellt werden. Für Wedel sollen konkrete und machbare Ziele angesetzt werden. Soziale Fragen sollten an jeder einzelnen Stelle mitbedacht werden. Die derzeitigen Maßnahmen, z.B. ÖPNV, sind nicht ausreichend. Die Resolution sollte so verstanden werden, dass Anträge eine entsprechende Priorität erhalten.

Anschließend lässt Herr Schernikau über den Antrag abstimmen.
Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Die Stadt Wedel unterstützt die Resolution zur Ausrufung des „Klimanotstand“ (Climate Emergency). Die Begriffe „Climate Emergency“ bzw. „Klimanotstand“ sind symbolisch zu verstehen und sollen keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein.

6.) Kindertagesstätten in Wedel; Kita "Regenbogen", Sanierung des Daches und Ersatz der Heizungsanlage Vorlage: BV/2019/106

Herr Barop trägt die Beschlussvorlage vor und bittet den Rat um Zustimmung.

Frau Wittburg spricht für die SPD. Diese unterstütze die Maßnahmen, die zeitnah und so schnell wie möglich umgesetzt werden sollten. Sie stellt einen Antrag, der einen Auftrag an die Verwaltung über eine Sachstandserfassung der Kitagebäude enthält. Dieser ist dem Protokoll als Anlage beigefügt. Der Antrag geht zuständigkeitshalber an den Umwelt-, Bau-, und Feuerwehrausschuss.

Anschließend beschließt der Rat der Stadt Wedel einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt:

1.) die Komplettsanierung des Daches und des aufgehenden Mauerwerkes der Kindertagesstätte „Regenbogen“ zu genehmigen und die dafür erforderlichen finanziellen Mittel i. H. v. ca. 235.000 € aus nicht benötigten Mitteln für Kita-Neubau umzuwidmen und dafür zu gewähren.

2.) den für dieses Jahr geplanten Austausch der Heizungsanlage zu genehmigen und dafür einen Zuschuss i. H. v. max. 65.000 € zu gewähren.

7.) **Nachbarschaftsforum Südholstein/Hamburg**
Vorlage: BV/2019/107

Herr Burmester trägt diese Beschlussvorlage vor und bittet um Abstimmung.

Der Rat der Stadt Wedel beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt der Kooperation des Nachbarschaftsforums Südholstein/Hamburg beizutreten.

8.) **Aufhebung Sperrvermerk für "Nordumfahrung" - Bereitstellung der Finanzmittel für Ausbau Einmündung B 431 / Industriestraße**
Vorlage: BV/2019/104/1

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt eine Tischvorlage vor, die dem Protokoll als Anlage angefügt ist. Diese Tischvorlage enthält einen alternativen Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen.

Herr Hagendorf bringt die Beschlussvorlage ein und bittet um Abstimmung.

Herr Wuttke verliest den Antrag der Grünen, der wie folgt lautet:

Anstelle der BV/2019/104/1 beschließt der Rat:

Der Sperrvermerk für die verbliebenen 630.000 Euro im Budget 5440-01740 wird im Haushaltsjahr 2019 nicht aufgehoben. Die Kosten für die erneute Ausschreibung der Baumaßnahme „Ausbau Einmündung B 431 / Industriestraße“ werden in den Haushalt 2020 eingestellt.

Herr Wuttke erklärt dazu, dass die Einmündung aufgewertet werden und der Verkehr zum Businesspark nicht durch die Wohngebiete abgeleitet werden solle. Bisher sei erst ein Grundstück im Businesspark verkauft worden sein, welches auch eine Baugenehmigung erhalten habe und von dem Quell- und Zielverkehr zu erwarten sei. Bei der derzeitigen Haushaltslage mit einem Minus von 1,5 Mio. Euro werden die Gelder weit im Voraus, bevor sie überhaupt benötigt werden, freigegeben. Es solle überlegt werden, die Maßnahme in den nächsten Haushalt zu schieben. Die 630.000 € seien viel zu niedrig kalkuliert. Die



Verwaltung solle in Zukunft realistische Zahlen vorlegen. Die Mittel werden dringend an anderer Stelle im Haushalt benötigt.

Herr Schmidt stellt klar, dass nicht 1,5 Mio. Euro Minus für dieses Haushaltsjahr kalkuliert werden, sondern von einem Defizit in Höhe von 3 Mio. Euro ausgegangen werde. Sollte die Stadt eine mögliche Fehlbetragszuweisung erhalten, könne mit der ausgesprochenen Haushaltssperre eine schwarze Null erreicht werden. Er erklärt, dass der Antrag der Grünen haushaltstechnisch nichts bringe, da sich die Maßnahme auf den investiven Haushalt und nicht auf den Ergebnishaushalt auswirke. Es gäbe sehr wohl viele Anfragen für die Grundstücke im Businesspark und dafür solle die Verkehrssituation entsprechend vorbereitet werden.

Herr Kissig erklärt für die CDU, dass diese dem Antrag, wie er in der Beschlussvorlage der Verwaltung formuliert ist, zustimmen wird. Der Ausbau der Straßen werde benötigt. Im nächsten Jahr sei keine bessere Haushaltssituation bezüglich der Genehmigungspflicht vorhanden. Daher stimmt die CDU dem Beschluss und der Umsetzung der Maßnahme zu.

Die SPD stimme laut Frau Jacobs-Emeis ebenfalls der Beschlussvorlage der Verwaltung zu. Für den Businesspark werden auch die Straßen und Zufahrten benötigt. Die Stadt setze ein deutliches Zeichen und würde sich durch die Maßnahme deutlich zum Businesspark bekennen.

Für Herrn Penz von der WSI liege hier bereits eine begonnene Maßnahme vor. Ein Ausschreibungsverfahren dauere lange und koste viel. In der derzeitigen Wirtschaftslage und der Situation im Bausektor, werde es schwer, ein Unternehmen zu finden, dass die Maßnahmen umsetze. Die Maßnahme sollte daher abgeschlossen und nicht weiter geschoben werden. Deshalb unterstütze die WSI die Umwidmung und stimme der Beschlussvorlage der Verwaltung zu.

Herr Eichberger erläutert, dass Die Linke dem Ausbau zugestimmt habe. Der Businesspark laufe allerdings bisher nicht wie erhofft. Daher stellt er einen Antrag, der zum Ziel hat, den Sperrvermerk aufzuheben, die Mittel aber für den Schulbau einzusetzen.

Herr Wuttke verweist an dieser Stelle auf die Klimadebatte. Es solle sich nicht erst wenn der Businesspark überlaufe, sondern bereits im Vorfeld um ein Verkehrskonzept gekümmert und Möglichkeiten überlegt werden, wie der Businesspark z.B. mit ÖPNV angeschlossen werden kann.

Herr Schernikau lässt über die vorliegenden Anträge abstimmen.

Der Antrag der Fraktion Die Linke wird mit 3 Ja / 4 Enthaltungen / 28 Nein abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wird mit 6 Ja / 3 Enthaltungen / 26 Nein abgelehnt.

Anschließend beschließt der Rat mit 26 Ja / 9 Enthaltungen / 0 Nein:

Beschluss

Der Rat beschließt,
den Sperrvermerk für die im Haushalt 2019 eingeplanten Finanzmittel des Budgets 5440-01740 zur Planung der Nordumfahrung komplett aufzuheben.
Die Mittel in Höhe von 630.000,00 € sind für die Fortführung bzw. die erneute Ausschreibung der Baumaßnahme „Ausbau Einmündung B431 Rissener Straße /

Industriestraße / Wedeler Landstraße“ in 2019 einzusetzen, was der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss am 12.09.2019 beschlossen hat.

9.) Jahresabschluss 2018 der Stadtentwässerung Wedel
Vorlage: BV/2019/083

Herr Schernikau begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den Leiter der Stadtentwässerung Herrn Seydewitz.

Herr Hagendorf trägt die Beschlussvorlage vor und bittet um Abstimmung.

Anschließend beschließt der Rat einstimmig:

Beschluss

Der Rat der Stadt Wedel stellt den Jahresabschluss der Stadtentwässerung Wedel für das Wirtschaftsjahr 2018 fest.

Es betragen	
die Bilanzsumme	34.257.562,81 EUR
die Erträge	5.931.550,62 EUR
die Aufwendungen	5.893.780,85 EUR
der Jahresgewinn	37.769,77 EUR
der Bilanzgewinn	40.789,07 EUR

Von dem Bilanzgewinn in Höhe von 40.789,07 EUR wird die Abführung an den Haushalt der Stadt Wedel in Höhe von 37.092,91 EUR beschlossen.
Der verbleibende Betrag wird auf neue Rechnung vorgetragen.

10.) Jahresabschluss 2018 der Stadtwerke Wedel GmbH

10.1.) Jahresabschluss 2018 der Stadtwerke Wedel GmbH

a) Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtwerke Wedel GmbH
Vorlage: BV/2019/115

Herr Kissig trägt die Vorlage vor und bittet um Zustimmung.

Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt, den Bürgermeister zu beauftragen, als Gesellschaftervertreter zu beschließen,

den Jahresabschluss der Stadtwerke Wedel GmbH zum 31.12.2018 in der von der Geschäftsführung aufgestellten und vom Abschlussprüfer geprüften Fassung festzustellen.

10.2.) Jahresabschluss 2018 der Stadtwerke Wedel GmbH

b) Entlastung des Aufsichtsrates des Stadtwerke Wedel GmbH
Vorlage: BV/2019/116



Für diesen Tagesordnungspunkt verlassen Frau Keck, Frau Kautz, Herr Fuchs, Herr Schwartz und Herr Kissig aufgrund von Befangenheit den Raum.

Herr Schnieber als Stellvertretender Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses bringt diese Vorlage ein und bittet um Abstimmung.

Der Rat beschließt einstimmig bei Anwesenheit von insgesamt 30 Ratsmitgliedern:

Beschluss

Der Rat beschließt, den Bürgermeister zu beauftragen, als Gesellschaftervertreter zu beschließen,

den Aufsichtsrat der Stadtwerke Wedel GmbH für das Wirtschaftsjahr 2018 zu entlasten.

Herr Schernikau unterrichtet anschließend die Befangenen über das Abstimmungsergebnis.

10.3.) Jahresabschluss 2018 der Stadtwerke Wedel GmbH

c) Gewinnverwendung

Vorlage: BV/2019/117

Herr Kissig bringt diese Vorlage in den Rat ein.

Frau Kautz schlägt vor, den Gewinn der Stadtwerke an die Stadtkasse auszahlen zu lassen und das Geld für die Schulkind Betreuung zu nutzen.

Sie beantragt daher die Beschlussvorlage wie folgt zu ändern:

Der Rat beschließt, den Bürgermeister zu beauftragen, als Gesellschaftervertreter zu beschließen,

den für das Geschäftsjahr 2018 nach Abzug der Vorabausschüttung verbleibenden Bilanzgewinn in Höhe von 41.009,64 € abzuführen und dem Haushalt der Stadt Wedel zur Verfügung zu stellen.

Der Rat lehnt diesen Änderungsantrag mit 3 Ja/ 29 Nein/ 3 Enthaltungen ab.

Anschließend beschließt der Rat mit 29 Ja/ 3 Nein/ 3 Enthaltungen:

Beschluss

Der Rat beschließt, den Bürgermeister zu beauftragen, als Gesellschaftervertreter zu beschließen,

den für das Geschäftsjahr 2018 nach Abzug der Vorabausschüttung verbleibenden Bilanzgewinn in Höhe von 41.009,64 € nicht abzuführen, sondern in voller Höhe bei der Stadtwerke Wedel GmbH zu belassen.

11.) Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Wedel für das Geschäftsjahr 2018

Vorlage: BV/2019/120

Für diesen Tagesordnungspunkt verlassen Herr Schnieber, Frau Wittburg und Herr Rüdiger sowie Herr Schmidt aufgrund von Befangenheit den Raum. Herr Schernikau bringt die Beschlussvorlage ein.

Zwei weitere Ratsmitglieder verlassen den Raum.

Sodann beschließt der Rat einstimmig bei Anwesenheit von insgesamt 30 Ratsmitgliedern:

Beschluss

Der Rat beschließt die Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Wedel für das Geschäftsjahr 2018 gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 6 des Sparkassengesetzes des Landes Schleswig- Holstein.

Anschließend informiert Herr Schernikau die Befangenen über die Beschlussfassung.

12.) Beratung und Beschlussfassung über die Sanierungsarbeiten im Bereich des Hafens des BusinessPark Elbufer Vorlage: BV/2019/095

Herr Kissig bringt diese Vorlage in den Rat ein und bittet um Abstimmung.

Herr Penz merkt an, dass in dieser Vorlage die Zahlen unter dem Reiter „finanzielle Auswirkungen“ fehlen und bittet die Verwaltung zukünftig darauf zu achten, dass die Eintragungen vorgenommen wurden.

Anschließend beschließt der Rat einstimmig:

Beschluss

Der Rat hebt den Beschluss BV/2014/111 vom 20.11.2014 auf und beschließt den Umbau des alten Werkhafen am BusinessPark Elbufer mit einem Erhalt der Mole, einer Anhebung des Geländes um ca. 2 m, einer Kürzung der Spundwand und einer Steinschüttung. Zudem erfolgt der Ausbau der Nebenflächen, mit einer Aussichtsplattform und der Weiterführung des Rad- und Gehweges über das Hafengelände. Für diese Maßnahmen sind Kosten in Höhe von ca. 1,2 Mio. Euro veranschlagt. Entsprechende Mittel stehen bei 5730-03001-60 zur Verfügung.

13.) Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

13.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste

Die Verwaltung hat nichts zu berichten.

13.2.) Anfragen

Herr Wuttke führt aus zum Thema Vollsperrung Wiedetwiete Einmündung Pinneberger Straße. Seit Anfang April ist diese Einmündung für den motorisierten Verkehr gesperrt, damit ein privater Grundbesitzer die öffentliche Fläche zur Anlieferung und als Lagerplatz für seinen Neubau nutzen kann.

Angekündigt war damals, dass diese Sperrung rund ein halbes Jahr Bestand haben werde - eine Dauer, die den zahlreichen davon betroffenen Anwohnern an Wiedetwiete, Pferdekoppel, Wiedkamp, Ahornstraße, Haselweg, Fliederweg, Rosenweg und Baumgarten eine



erhebliche Zahl an Umwegfahrten mit entsprechend erhöhtem Schadstoffausstoß abverlangt hat.

Heute ist der Bau aber erst bis zur Oberkante des Erdgeschosses vorangekommen, wird also noch eine weitere erhebliche Zeitspanne andauern.

Zu diesem Vorgang hatte ich in der Ratssitzung am 21.3.2019 bereits eine schriftliche Anfrage gestellt. Nach 6 Monaten und einer in ihrer Dauer noch nicht abzusehenden Fortsetzung der Sperrung frage ich heute:

- (1) Fällt die im März genannte Sondernutzungsgebühr i.H.v. ca. 1.500 € pro Tag, pro Woche, pro Monat oder pauschal für den gesamten Nutzungszeitraum an?
- (2) Ist der Verwaltung bekannt, wie lange die Vollsperrung noch andauern wird?
- (3) Zum damals behaupteten Rechtsanspruch auf die Nutzung der öffentlichen Fläche:
 - a) Besteht ein solcher Anspruch theoretisch unbegrenzt, oder ist eine Befristung möglich?
 - b) Falls Letzteres der Fall ist: Gibt es eine solche Befristung für diesen Einmündungsbereich bereits, und wie lange (konkretes Datum) ist sie hier festgelegt worden?
 - c) Wenn es bisher keine Befristung gibt: Beabsichtigt die Verwaltung, nach sechs Monaten eine solche nunmehr zügig auszusprechen? (*bitte mit Begründung*)
- (4) Beabsichtigt die Verwaltung, den gesperrten Bereich der Wiedetwiete zumindest halbseitig (Einrichtungsverkehr zur Aus- oder Einfahrt in das Gebiet) umgehend wieder für den motorisierten Verkehr freizugeben? (*Antwort bitte mit Begründung*)
- (5) Wird die Verwaltung die betroffenen Haushalte an den o.g. Straßen über den Fortgang diesmal zeitnah und direkt informieren?

Er bittet die Verwaltung um Beantwortung seiner Fragen.

Herr Mathiessen entgegnet drauf, dass er niemanden kenne, der sich über die Sperrung beschwere. Die Anwohner seien über die Verkehrsberuhigung froh.

Anschließend schließt der Stadtpräsident die Öffentlichkeit für die Beratung der Tagesordnungspunkte 14 bis 16 aus.

17.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Um 21:00 Uhr Herr Schernikau stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert diese über den Beschluss über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 64 „Flerrentwiete“, 2. Änderung „Weiterentwicklung großflächiger Einzelhandel“; hier: Durchführungsvertrag.



**18.) Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 64 "Flerrentwiete", 2. Änderung
"Weiterentwicklung großflächiger Einzelhandel"
hier: Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/2019/114**

Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt,

1. die während der Auslegung gem. §§ 3 (2) und 13 a BauGB von der Öffentlichkeit abgegebenen Stellungnahmen und von den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. §§ 4 (1) und (2) und 13a BauGB abgegebenen Stellungnahmen entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung zu berücksichtigen, teilweise zu berücksichtigen oder nicht zu berücksichtigen,
2. den Entwurf des Vorhaben- und Erschließungsplans sowie des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 64 „Flerrentwiete“, 2. Änderung „Weiterentwicklung großflächiger Einzelhandel“ bestehend aus Planzeichnung (Teil A) und Text (Teil B),
3. die Begründung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 64 „Flerrentwiete“, 2. Änderung „Weiterentwicklung großflächiger Einzelhandel“, zu billigen.

Anschließend bedankt sich der Stadtpräsident bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung.

Michael Schernikau
Stadtpräsident

Niklas Viehmann
Schriftführer

Datum der
Unterschrift _____

